

NRW Stahltreffen am 11.11.2019 in Düsseldorf

Abschluss-Statement

Nordrhein-Westfalen ist eine starke Stahlregion im Herzen Europas. Mit rund 16 Millionen Tonnen Rohstahl werden hier rund 2/5 der Gesamtproduktion Deutschlands mit mehr als 45.000 direkt Beschäftigten erzeugt. Als Basisindustrie ist die Stahlbranche Lieferant von High-Tech-Stählen und eng in die nationalen und internationalen industriellen Wertschöpfungsnetzwerke eingebunden. Stahl ist ein wichtiger Enabler für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft, unverzichtbar für die leistungsfähige und innovative nordrhein-westfälische Industrie und damit ein wesentlicher Multiplikator für Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Aktuell steht die Stahlindustrie vor großen konjunkturellen sowie strukturellen Herausforderungen, insbesondere in Form globaler Überkapazitäten, Dumping- und Subventionspraktiken, wachsendem Protektionismus und damit verbundenen Handelsumlenkungen in den EU-Markt sowie Nachfragerückgängen und Strukturänderungen in wichtigen Kundenbranchen. Hinzu kommen politische Regulierungen in der Energie- und Klimapolitik, die zu deutlichen Belastungen des Sektors führen. Es besteht die Gefahr, dass aufgrund der mit Klimamaßnahmen verbundenen Kosten Produktion in Länder mit weniger strengen Auflagen verlagert wird. Ein solches Carbon Leakage gilt es unbedingt zu verhindern.

Ambitionierte Klimaschutzziele zu erreichen und gleichzeitig die Innovations- und Wirtschaftskraft zu stärken, ist ein zentrales industriepolitisches Anliegen der Landesregierung. Vor diesem Hintergrund haben die Wirtschaftsvereinigung Stahl, die IG Metall NRW und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, diese vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, vereinbart, auch weiterhin in regelmäßigen Abständen ein Stahltreffen NRW auszurichten, um die aktuelle Lage der Branche zu erörtern, die Herausforderungen für die Zukunft zu skizzieren und Lösungsansätze zu entwickeln.

Zu den vordringlichsten Themenbereichen, die nachstehend aufgeführt sind, wurde Einvernehmen erzielt.

Rahmenbedingungen für die Transformation

Die Stahlindustrie in NRW steht zum Pariser Klimaabkommen und will zum Ziel einer weitgehenden Treibhausgasneutralität bis 2050 einen entscheidenden Beitrag leisten. Durch Einführung neuer Technologien und Ausschöpfung bestehender Potentiale kann das Ziel einer CO₂-neutralen Stahlwirtschaft technisch erreicht werden. Dazu sind jedoch schnellstmöglich passgenaue und förderliche politische Rahmenbedingungen erforderlich, die die Transformation unterstützen.

Die Stahlindustrie arbeitet mit Hochdruck an der Einführung CO₂-armer Produktionsverfahren. Dafür müssen Investitionen in neue Anlagen parallel zum laufenden Betrieb getätigt werden. Es sind umfangreiche Forschungs-, Entwicklungs- und Implementierungsarbeiten notwendig. Die Landesregierung setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass die seitens EU und Bund angekündigten Förderinstrumente so ausgestattet oder neu geschaffen werden, damit sie den sehr kostenintensiven Veränderungsprozess der Stahlindustrie (sowie anderer energieintensiver Branchen) sinnvoll unterstützen können. Für den Markteintritt müssen zudem Anreize entwickelt werden, um einen Markt für grünen Stahl zu etablieren.

Die Transformation in eine CO₂-neutrale Stahlindustrie bedingt nicht nur sichere und bezahlbare Energie, sondern stellt auch erhebliche Herausforderungen an künftige

Infrastrukturen. So müssen Strom, Gas und vor allem perspektivisch auch grüner Wasserstoff an den Standorten in NRW ausreichend und zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Diese Punkte verfolgt die Landesregierung bereits teilweise mit ihrer, unter Beteiligung der Industrie erstellten, Energieversorgungsstrategie NRW und wird dies mit der geplanten Wasserstoff-Roadmap NRW fortführen. Es ist ein gemeinsames Anliegen der Unterzeichner, diese Voraussetzungen auch in der nationalen und europäischen Politik zu verankern und langfristig zu gewährleisten.

Mit der schrottbasierten Elektrostahlproduktion steht bereits heute ein treibhausgasärmeres Verfahren zur Verfügung. Die limitierte Verfügbarkeit an Stahlschrott und die Produktportfolios der Verfahrensrouten begrenzen jedoch grundsätzlich den Anteil der schrottbasierten Elektrostahlproduktion. Für eine weitere, deutliche CO₂-Reduktion in diesem Bereich müssen die Erneuerbaren Energien im Strommix weiter ausgebaut und zugleich wettbewerbsfähige Strompreise gesichert werden.

Energie- und Klimapolitik

Um den Übergang in eine künftig CO₂-neutrale Stahlwirtschaft zu schaffen, müssen die Spielräume für Investitionen erhalten werden. Dies dient der Erreichung der langfristigen Klimaziele genauso wie der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Das beinhaltet u.a., dass die Genehmigungsfähigkeit und die Betriebsgenehmigung der Anlagen sichergestellt sind. Vor allem aber, dass weder direkte noch indirekte Belastungen aus dem europäischen Emissionsrechtehandel diese Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Durch den europäischen Emissionshandel drohen der Stahlindustrie weiterhin erhebliche Minderzuteilungen an Zertifikaten und steigende Stromkosten. Es müssen alle verfügbaren und geeigneten Optionen ausgeschöpft werden, um schwere Nachteile im internationalen Wettbewerb zu verhindern. Dazu müssen die beihilferechtlichen Voraussetzungen für eine vollumfängliche Kompensation der emissionshandelsbedingten Stromkostensteigerungen geschaffen werden, wofür sich auch die Bundesregierung in Brüssel mit Nachdruck einsetzen muss. Daneben müssen auch Mehr- und Doppelbelastungen aus dem nationalen Klimaschutzprogramm 2030, insbesondere dem geplanten nationalen Emissionshandel vermieden werden.

NRW will daran mitwirken, dass weder durch die Beendigung der Kohleverstromung noch durch das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung die industrielle Stärke des Landes und damit auch Beschäftigung verloren gehen. Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise sind unverzichtbar, um der Stahlindustrie auch für neue Investitionen eine Perspektive in Nordrhein-Westfalen bieten zu können.

Internationale Handelspolitik, Herausforderungen

Das außenwirtschaftliche Umfeld der NRW-Stahlindustrie hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Dazu beigetragen haben verfestigte Überkapazitäten auf globaler Ebene, Wettbewerbsverzerrungen und Protektionismus. Die NRW-Landesregierung unterstützt zusammen mit der IG Metall und der Wirtschaftsvereinigung Stahl einen freien und fairen Welthandel und tritt für Multilateralismus ein. Die Arbeit des Globalen Forums der G20 wird dabei als unverzichtbar angesehen, Subventionen und andere Formen staatlicher Unterstützung zu beseitigen, die die Ursache der erheblichen globalen Überkapazitäten beim Stahl sind. Die Bemühungen der Bundesregierung, China zur Fortsetzung der multilateralen Zusammenarbeit zu bewegen, werden unterstützt. Der Austritt Chinas aus dem globalen Forum macht deutlich, dass kurzfristig nicht mit einer Lösung der Strukturprobleme auf dem globalen Stahlmarkt zu rechnen ist. Umso mehr muss das Handelsschutzinstrumentarium der EU konsequenter angewendet und adäquat weiterentwickelt werden, um schlagkräftiger auf insbesondere staatlich hervorgerufene Marktverzerrungen reagieren zu können. Die von der EU eingeführten Schutzklausel-Maßnahmen sind trotz der jüngsten Revision nicht geeignet,

die Stahlindustrie vor massiven Handelsumlenkungen infolge insbesondere auch der protektionistischen US-amerikanischen Handelspolitik zu schützen. Eine erneute Überprüfung der Maßnahmen muss dringend eingeleitet werden. Darüber hinaus wird sich dafür ausgesprochen, die Möglichkeit eines Border Adjustments zu prüfen, sollten in der vierten Handelsperiode des Emissionshandels der Stahlindustrie erhebliche Mehrbelastungen durch unzureichende kostenfreie Zuteilung / Kompensation entstehen.

Düsseldorf, den 11. November 2019

Hans Jürgen Kerkhoff

Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Knut Giesler

Bezirksleiter IG Metall NRW

Professor Dr. Andreas Pinkwart

Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung

und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen